

# ALLGEMEINVERSTÄNDLICHE, NICHTTECHNISCHE ZUSAMMENFASSUNG ZUR STRATEGISCHEN UMWELTPRÜFUNG (SUP) IM RAHMEN DER PAG-NEUAUFSTELLUNG DER ERNZTALGEMEINDE

Die Ernztalgemeinde stellte ihren PAG gemäß dem Gesetz vom 19. Juli 2004 – 2011er Version (*loi modifiée du 19 juillet 2004 concernant l'aménagement communal et le développement urbain*) neu auf. Gemäß dem Gesetz vom 22. Mai 2008<sup>1</sup> müssen Pläne und Programme hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Umwelt im Rahmen einer Strategischen Umweltprüfung (SUP) untersucht werden.

Der PAG gehört zu diesen Plänen und musste somit einer SUP unterzogen werden. Ziel dieser Prozedur ist es, bereits in einer frühen Phase der Planungen erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt generell oder auf bestimmte Schutzgüter ausschließen oder bestimmen zu können, um den Entscheidungsprozess zu vereinfachen und einen nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen zu fördern. Die Ernztalgemeinde beauftragte das Büro Luxplan S.A. zur Ausarbeitung der zweiten Phase der Strategischen Umweltprüfung (Detail- und Ergänzungsprüfung). Zuständig für die Neuaufstellung des PAG waren die Büros p.a.c.t. sowie Zeyen+Baumann, die auch die erste Phase der Strategischen Umweltprüfung – die Umwelterheblichkeitsprüfung – für die ehemaligen Gemeinden Medernach und Ermsdorf separat ausgearbeitet haben.

Die Strategische Umweltprüfung (SUP) soll als prozessbegleitendes Instrument sicher stellen, dass der überarbeitete PAG unter anderem in Einklang mit übergeordneten Planungen steht und durch die Umsetzung des PAG die Ziele des Umweltschutzes nicht nachhaltig gefährdet werden. Hierbei werden der Mensch und die Natur gleichermaßen berücksichtigt. Im ersten Teil der SUP, der Umwelterheblichkeitsprüfung (UEP), werden jene Zonen des PAG-Projektes identifiziert, welche mit potentiellen Auswirkungen auf verschiedene Schutzgüter (Mensch, Pflanzen, Tiere, Boden, Wasser, Klima, Luft, Landschaft, Kulturgüter) verbunden sein können. Im zweiten Teil der SUP, der Detail- und Ergänzungsprüfung (DEP), folgt dann eine vertiefende Prüfung kritischer Flächen. Zusammen bilden die Umwelterheblichkeitsprüfung (UEP) und die Detail- und Ergänzungsprüfung (DEP) in Kombination das letztendliche Resultat der SUP – den Umweltbericht (UB).

In der ersten Phase der SUP wurden in den Ortschaften der Ernztalgemeinde insgesamt 56 Planzonen auf potentiell erhebliche Umweltauswirkungen untersucht. Desweiteren wurden für 12 Planflächen FFH-Screenings in der Ortschaft Medernach sowie 1 kumulatives FFH-Screening für die ehemalige Gemeinde Ermsdorf bezüglich der FFH-Verträglichkeit angefertigt. Als Ergebnis dieser Analyse konnte geschlussfolgert werden, dass erhebliche Impakte auf die untersuchten Schutzgüter auf insgesamt 13 Zonen mit großer Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden können.

Die Umwelterheblichkeitsprüfung wurde zusammen mit den FFH-Screenings am 12. März 2013 zur Stellungnahme im Sinne des Artikels 6.3 des SUP-Gesetzes beim MDDI eingereicht. Am 6. Januar 2014 wurde der Gemeinde der Avis mit der Referenznummer 78.259/CL zugesandt. Im Avis wurde die Ausarbeitung der zweiten Phase der SUP gefordert. Desweiteren wurde die Ausarbeitung der zweiten Phase der FFH-Verträglichkeitsprüfung für verschiedene Zonen

---

<sup>1</sup> Loi du 22 mai 2008 relative à l'évaluation des incidences de certain plan et programmes sur l'environnement.

gefordert. Weitere Punkte, die Einzug in die Detail- und Ergänzungsprüfung finden sollten, waren laut Avis verschiedene naturräumliche Aspekte, die Anforderungen bezüglich des Artenschutzes sowie weitere, detailliertere artenschutzrechtliche Aussagen von Tierökologen.

In den Ortschaften Medernach, Eppeldorf, Ermsdorf und Stegen wurden von den insgesamt 56 anfänglich untersuchten Zonen 31 Flächen identifiziert, die in der Detail- und Ergänzungsprüfung näher betrachtet werden mussten. Desweiteren mussten 11 Flächen hinsichtlich ihrer Lage innerhalb oder in der Nähe eines Schutzgebietes vertiefend auf ihre FFH-Verträglichkeit hin untersucht werden.

In dieser zweiten Phase der SUP wurde explizit auf die Anmerkungen des eingegangen und einzelne Aspekte vertiefend betrachtet, wobei ebenfalls die zusätzlich geforderten Themenfelder berücksichtigt wurden. Verschiedene Zonen wurden sodann aufgrund einer ungünstigen Lage bzw. aufgrund eines zu großen Konfliktpotentials mit unterschiedlichen Schutzgütern aus der Planung herausgenommen oder in der Art angepasst, dass keine erheblichen Effekte auf die Umwelt entstehen.

Durch die ausgearbeiteten Empfehlungen in der Strategischen Umweltprüfung und die auf Ebene des PAG-Projektes festgeschriebenen Maßnahmen war es im Falle der geplanten Änderungen das PAG möglich, erhebliche Auswirkungen auf die Schutzgüter mit großer Wahrscheinlichkeit auszuschließen.

Besonders durch die artenschutzrechtlichen Flächenidentifikationen und Maßnahmendefinitionen ist es zukünftig schnell und einfach möglich, die geforderten Maßnahmen im Rahmen nachfolgender Planungsebenen (PAP, Antrag auf Naturschutzgenehmigung) zu respektieren und in adäquater Art und Weise umzusetzen.

Hinsichtlich des Monitorings, also der späteren Kontrolle der festgesetzten Maßnahmen in der Gemeinde, wurde empfohlen, unter Mitarbeit entsprechender Stellen wie etwa einer biologischen Station, Artenkunde-Spezialisten und Planungsbüros ein Gesamtkonzept zu erstellen. Durch ein solches Konzept kann eine korrespondierende, gut abgestimmte Monitoring-Arbeit im Sinne des Umwelt- und Artenschutzes gewährleistet werden.

Am 13. November 2015 wurde das PAG-Projekt vom Gemeinderat der Ernztalgemeinde gestimmt und anschließend wurde die Strategische Umweltprüfung (SUP) mit dem Teil 1 der SUP (UEP) und dem Teil 2 der SUP (DEP) als Gesamtdokument Umweltbericht (UB) vollständig zusammen mit der FFH-Verträglichkeitsprüfung und den Dokumenten des PAG-Projektes bei den entsprechenden Ministerien eingereicht. Der Avis nach Art. 7.2 des SUP-Gesetzes des MDDI wurde der Gemeinde am 18. Februar 2016 zugesandt (Ref.-Nr. 78295/CL). Die beiden Avis des Innenministeriums wurden der Gemeinde am 14. und 15. März 2016 zugesandt (Ref.-Nr.103C/002/2015 und 17558/103C).

Unter Berücksichtigung der Anmerkungen der entsprechenden Avis der beteiligten Ministerien sowie den Anmerkungen der Bevölkerung wurde eine adaptierte Form des PAG-Projektes ausgearbeitet. In einem Addendum zur SUP wurde deutlich gemacht, dass die Änderungen keine nachhaltig negativen Effekte auf die Umwelt bedingen. Am 7. Juni 2016 wurde die modifizierte Version vom Gemeinderat gestimmt und erneut an die Ministerien versendet.

Da erhebliche Impakte auf die Umwelt nach der Analyse der potentiellen Effekte mit großer Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen und die Planung als insgesamt umweltverträglich bewertet werden konnte, wurde das PAG-Projekt am 8. August 2016 vom MDDI genehmigt. Die Genehmigung des Innenministeriums ging am 10. Januar 2017 ein.